Korrigierte Fassung

TOP 24

Evangelischer Oberkirchenrat

Evangelische Landeskirche in Württemberg

AZ L-15.451-04.05/498

ANTRAG Nr. 73/16
nach § 19 GeschO

Betr.: **Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten**

Eingebracht in die Sitzung der 15. Landessynode am

A. Beschluss vom
- ☐ Verweisung an

B. Beschluss vom
- ☐ Annahme:
  - ☐ einstimmig
  - ☐ mit Mehrheit
  - ☐ bei Jastimmen, Neinstimmen, Enthaltungen
- ☐ Ablehnung

C. Antrag zurückgezogen am

Die Landessynode möge beschließen:

Der Landesbischof wird gebeten, die beiliegende Erklärung abzugeben:

1. Was wir sehen

In zahlreichen Ländern der Welt toben Kriege oder bewaffnete Konflikte. Deutschland ist weltweit einer der größten Waffenexporteure. Dimension und Problematik von Rüstungsexporten wurden in jüngster Zeit besonders deutlich durch die Flucht von etwa 65 Millionen Menschen vorwiegend aus Kriegsgebieten. In Deutschland nahm der Wert der Genehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern und Kriegswaffen von 2014 auf 2015 in Euro um fast 100 % zu, im ersten Halbjahr 2016 um weitere gut 16 % gegenüber demselben Zeitraum 2015 (Rüstungsexportbericht der Bundesregierung Deutschland 2015, Stand Juni 2016 und Stand Oktober 2016).

2. Was wir glauben

Gott will und schafft Frieden. Durch die gesamte Bibel ziehen sich die Verheißungen vom Friedensreich Gottes. Zugleich zeichnet die Bibel das realistische Bild einer Welt voller Sünde, Gewalt und Krieg, in die wir alle tief verstrickt sind. Gottes Reich des Friedens und der Gerechtigkeit ist noch nicht vollendet.

Jesus Christus ist in dieser Welt den Weg der Gewaltfreiheit gegangen – er ist unser Friede und der Friede der ganzen Welt (vgl. Epheser 2,14). Wir vertrauen und gehorchen der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt. Die Barmer Theologische Erklärung erinnert daran, dass der Staat in dieser Welt unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen hat (gemäß These 5 der Barmer Theologischen Erklärung von 1934). 1948 bezeugte der Weltrat der Kirchen bei seiner Gründung: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“. Im Geiste Jesu sollen wir Frieden fördern, auf eine Verringerung von Gewaltanwendung hinarbeiten und lernen, Konflikte mit zivilen Mitteln zu lösen.

3. Was wir fordern

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg tritt für gewaltfreies Handeln ein und fördert die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung entsprechend der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007). Das bedeutet zum einen Vermeidung oder Verminderung militärischer Gewalt, zum anderen einen Ausbau friedenschaffender und -erhaltender Maßnahmen. Konkret heißt dies:

- Beschränkung von Waffenexporten

Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter sollen grundsätzlich nicht exportiert werden, ebenso wenig wie Lizenzen für ihre Produktion. Ausnahmen von dieser Regel sind vor der Entscheidung und öffentlich zu begründen. Der Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Krisengebiete ist konsequent daraufhin zu prüfen, inwieweit durch die Exporte nicht das Risiko rechtloser Gewalt befördert wird.

- Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken

Kleinwaffen sind die „Massenvernichtungswaffen“ der Gegenwart. Ihr Export für militärische Zwecke ist zu verbieten und das Verbot effektiv zu kontrollieren. Wir sehen aber auch, dass z. B. die Polizei in anderen Ländern auf eine Ausstattung mit Waffen angewiesen ist. Eine Waffenlieferung für polizeiliche Zwecke ist nur in stabile staatliche Verhältnisse, die nach Grundsätzen demokratisch legitimierter rechtsstaatlicher und effektiver Regierungs- und Verwaltungsführung unter Beachtung der Menschenrechte funktionieren, vorstellbar. Es gibt jedoch kein gesichertes Verfahren, den Endverbleib dieser Waffen zu überwachen.

- Stärkung von Friedensbildung und ziviler Konfliktbearbeitung

Ansätze der Friedensbildung, der Friedenspädagogik und die zivile Konfliktbearbeitung sind in allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Außenpolitisch sind Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung auch finanziell vorrangig zu unterstützen. Die Überwindung von Kriegs- und Fluchtursachen muss so weit wie möglich mit friedlichen Mitteln erfolgen.

4. Wozu wir uns verpflichten

In unserer Landeskirche werden wir uns auf allen Ebenen intensiv mit friedensethischen Fragen beschäftigen. Konkret bedeutet dies:

- Stärkung von Friedensbildung und Friedensarbeit

Wir stärken die Friedensbildung an den Schulen in unserem Land und in unseren Gemeinden. Wir unterstützen die Arbeit und Vernetzung der Friedensbeauftragten in den Kirchenbezirken und darüber hinaus.

- Initiierung eines Runden Tisches für Rüstungskonversion

Wir bringen einen Dialogprozess in Form eines Runden Tisches zum Thema Rüstungskonversion auf den Weg, an dem Unternehmer, Beschäftigte, Gewerkschaften, Friedensinitiativen und Kirchen teilnehmen.

- Anstoßen einer öffentlichen Diskussion über ein Exportverbot von Kleinwaffen

Wir stoßen eine öffentliche Diskussion über das Exportverbot von Kleinwaffen zu militärischen Zwecken an.

Die Friedensbotschaft des Evangeliums muss auch in politischen Entscheidungen bedacht und ernst genommen werden.

Stuttgart, 25. Oktober 2016